Inhaltsverzeichnis

Danksagung 5

Zur Konzeption des Buches:
Lernziele, Problemorientierung und Theorieverständnis 11

1. Grundlagen 15
1.1. Internationale Politik: Inhalte und Erkenntnisgewinn 16
1.2. Globales Regieren durch Diplomatie 33
1.3. Der Kalte Krieg (1947-89): Abschreckung und Allianzen 44

2. Globale Fragen (1) 57
2.1. Internationale Institutionen: Die Vereinten Nationen 58
2.2. Universelle Normen: Menschenrechte 73
2.3. Globale Wohlfahrt: Die Welthandelsordnung 85
2.4. Studie zur Theoriekritik: Huntingtons Kampf der Kulturen 102

3. Krieg 105
3.1. Sicherheit und Identität: Der Nahostkonflikt 106
3.2. Die USA, 9/11 und der Irak-Krieg 121
3.3. Sicherheit und Interventionen: Die Jugoslawienkriege 137
3.4. Staatszerfall und sexuelle Gewalt: Die Kongo-Kriege 157
3.5. Studie zu Handlungsempfehlungen: Die atomare Aufrüstung Irans 172

4. Frieden 177
4.1. Der Demokratische Frieden 178
4.2. Regionale Integration: Die Vertiefung der EU 188
4.3. Regionale Integration: Die Erweiterung der EU 204
4.4. Regionale Integration: Gemeinschaftsbildung in Südostasien 217
4.5. Studie zu Methoden: Der Inselstreit zwischen China und Japan 233

5. Globale Fragen (2) 237
5.1. Globale Wohlfahrt: Die Finanzkrise 238
5.2. Entwicklungszusammenarbeit 253
5.3. Deutsche Außenpolitik 268
5.4. Globale Klimapolitik 281
5.5. Studie zu transnationalen Akteuren 298

6. Schluss: Theoriedebatten verstehen 303

Verzeichnis graphischer Darstellungen 309

Mitarbeiterverzeichnis 310

Stichwortverzeichnis 312

Detailgliederung

	Kapitel	Behandelte Theorie
1.	**Grundlagen**	
1.1.	Internationale Politik: Inhalte und Erkenntnisgewinn • Politik, Politikwissenschaft und Internationale Politik, • Krieg und Frieden • Warum Theorien? • Bewertungen, Prognosen, Handlungsempfehlungen	Theorieschulen
1.2.	Globales Regieren durch Diplomatie • Die Entwicklung der Diplomatie • Funktion, Formen und Wandel der Diplomatie	Englische Schule
1.3.	Der Kalte Krieg (1947-89): Abschreckung und Allianzen • Konflikte zwischen den Supermächten • Sicherheitsdilemma, Abschreckung, Allianzen • Entspannung, Abrüstung	Neorealismus
2.	**Globale Fragen (1)**	
2.1.	Internationale Institutionen: Die Vereinten Nationen • Die Vereinten Nationen als Institution • Perspektiven der UN	Neoliberaler Institutionalismus
2.2.	Universelle Normen: Menschenrechte • Der Wandel in Myanmar (Fallstudie) • Entwicklung und Geltung von Menschenrechten	Transnationaler Konstruktivismus
2.3.	Globale Wohlfahrt: Die Welthandelsordnung • Entwicklung und Institutionen des Welthandels • Bewertung von Globalisierung und ein Verhandlungsmodell	Liberaler Intergouvernementalismus
2.4.	Studie zur Theoriekritik: Huntingtons Kampf der Kulturen	
3.	**Krieg**	
3.1.	Sicherheit und Identität: Der Nahostkonflikt • Stationen des Nahostkonflikts • Identitätskonflikte	Systemischer Sozialkonstruktivismus
3.2.	Die USA, 9/11 und der Irak-Krieg • US-Außenpolitik und der Irak-Krieg • Der „war on terror“	Securitization

3.3.	Sicherheit und Interventionen: Die Jugoslawienkriege • Der Zerfall Jugoslawiens (1990-1999) • Vom Völkermord zum Prinzip der Schutzverantwortung	Gerechter Krieg
3.4.	Staatszerfall und sexuelle Gewalt: Die Kongo Kriege • Geschichte der Kongo-Kriege • Staatszerfall	Feministische Theorien
3.5.	Studie zu Handlungsempfehlungen: Die atomare Aufrüstung Irans	
4.	**Frieden**	
4.1.	Der Demokratische Frieden • Die Ausbreitung der Demokratie • Der Doppelbefund des Demokratischen Friedens	Demokratischer Frieden
4.2.	Regionale Integration: Die Vertiefung der EU • Die Geschichte der europäischen Integration • Charakteristika der Integration	Neofunktionalismus
4.3.	Regionale Integration: Die Erweiterung der EU • Ein Rückblick auf die EU-Erweiterungen • Das Beitrittsverfahren	Rhetorical Action
4.4.	Regionale Integration: Gemeinschaftsbildung in Südostasien • Die Entwicklung der ASEAN • Kultur und Lernen	Security Communities
4.5.	Studie zu Methoden: Der Inselstreit zwischen China und Japan	
5.	**Globale Fragen (2)**	
5.1.	Globale Wohlfahrt: Die Finanzkrise • Die Finanzkrise seit 2007 • Das internationale Finanzsystem	Neo-Gramscianische Kritik
5.2.	Entwicklungszusammenarbeit • Ziele und Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit • Das Grundmodell und inhärente Probleme der EZ	Rent-Seeking
5.3.	Deutsche Außenpolitik • Akteure und Verhaltensmuster der deutschen Außenpolitik • Außenpolitischer Wandel – außenpolitische Entscheidungen	Zivilmacht
5.4.	Globale Klimapolitik • Klimawandel und Klimapolitik • Akteure und Emissionshandel	Kollektivgüter
5.5.	Studie zu transnationalen Akteuren	
6.	**Schluss: Theoriedebatten verstehen**	

4.1. Der Demokratische Frieden

Mitarbeit: Saskia Scholz

1. Einstieg

„Karge Ackerflächen, Weideland und Obstbäume sind zu sehen. Entlang den Strassen liegt Abfall, Plasticsäcke hängen an den Feigenkakteen. Dann tauchen rasch hochgezogene Wohnblocks auf, hässlich und unverputzt. Schon bald steht man mitten im Zentrum der ärmlichen Provinzstadt Sidi Bouzid, die ausser ein paar Cafés, Verwaltungsgebäuden, Schulen und einfachen Geschäften nichts zu bieten hat.

Hier, in der Tristesse des tunesischen Hinterlands, wurde Mohammed Bouazizi vor 26 Jahren geboren, hier hat er gelebt, hier hat er seinem Leben ein Ende gesetzt. Am Vormittag des 17. Dezember 2010 hat sich Bouazizi nach einer heftigen Auseinandersetzung mit einer Polizistin, die ihn geohrfeigt und anschliessend mit Hilfe eines Kollegen zu Boden geworfen haben soll, mit Benzin übergossen und angezündet. Die Polizei soll ihm zuvor auch seine Waage beschlagnahmt haben. Als er sie auf dem Posten zurückverlangt habe, sei er erneut geschlagen worden. Der Gouverneur, den er darauf in seiner Not anging, soll ihn abgewiesen haben.

(…) In Sidi Bouzid kam es nach der Selbstverbrennung zu Protesten gegen die korrupte Polizei, die sich schnell auswuchsen und über Internet den Weg in den arabischen Nachrichtensender al-Jazira fanden. Zwei Wochen nach der versuchten Selbsttötung von Bouazizi besuchte ihn der tunesische Herrscher Ben Ali im Spital und bot der Familie 20 000 Dinar (zirka 15 000 Franken) an. Seine Mutter Manoubia lehnte empört ab. Am 5. Januar starb Mohammed Bouazizi. Seine Mutter Manoubia lehnte empört ab. (…) Die Selbsttötung war der Funke, der das tunesische Pulverfass entzündete.“ (Schmidt-Häuser 2011)

Die folgenden Massenproteste zwangen den Diktator Ben Ali am 14. Januar 2011, das Land zu verlassen. Tunesiens langer Weg in die Demokratie begann.

2. Leitfrage: Welchen Beitrag leistet die Herrschaftsform Demokratie für Frieden?

3. Beschreibung: Die Ausbreitung der Demokratie

Politische Systeme mit demokratischen Charakteristika sind kein neues Phänomen. Schon in der Antike kannten die Griechen und die Römer das Konzept einer Demokratie, auch wenn dies damals noch einige Bevölkerungsgruppen wie Frauen oder Sklaven ausschloss. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann die **erste Demokratisierungswelle** (nach Huntington 1991) mit der Entwicklung der Demokratie in den USA und Frankreich. Unter einer Demokratisierungswelle versteht Huntington eine Gruppe von Übergängen („**Transitionen**“*)* von nicht-demokratischen zu demokratischen Regimen innerhalb einer spezifischen Zeitperiode, die die Anzahl gegenläufiger Transitionen signifikant übertreffen. Dabei umfasst eine solche Welle auch die (teilweise) Demokratisierung und Liberalisierung in Staaten, die nicht komplett demokratisch werden (Huntington 1991: 15). Die moderne Welt hat bereits drei solcher Demokratisierungswellen gesehen. Diese betrafen

eine relativ kleine Anzahl an Ländern und während jeder Welle waren auch rückläufige, nicht-demokratische Transitionen zu verzeichnen (ebd.). So waren die ersten beiden Wellen jeweils von einer „Gegenwelle“ in welcher einige, aber nicht alle dieser Länder zu einer nicht-demokratischen Herrschaft zurückkehrten, begleitet.

Die moderne Demokratie ist mit der Entwicklung des Nationalstaats verbunden (Huntington 1991: 13). Der erste Anlauf in Richtung Demokratie fand schon in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts statt, als demokratische Ideen und Bewegungen zu einem wichtigen Merkmal der gesellschaftlichen Transformation in England wurden. Jedoch konnte sich dieses Gedankengut damals politisch noch nicht festsetzen und wurde erst in der Amerikanischen und Französischen Revolution wieder aufgenommen, wo die erste Demokratisierungswelle ihre Wurzeln hat. Die damaligen Kriterien, dass mindestens 50 Prozent der männlichen Bevölkerung wählen darf und es eine Exekutive gibt, die sich entweder auf eine Mehrheit in einem gewählten Parlament stützen kann oder direkt in einer regelmäßigen Wahl gewählt wurde, wurden von den USA mit der Entwicklung ihrer Demokratie in der Präsidentenwahl 1828 erfüllt (Huntington 1991: 16). Andere Länder wie die Schweiz, englische Kolonien in Übersee, Großbritannien, Frankreich und verschiedene kleinere europäische Staaten folgten noch vor der Jahrhundertwende. Nach dem Ersten Weltkrieg fand eine große Bewegung in Richtung Demokratie in den Nachfolgestaaten der Romanov-, Habsburg- und Hohenzollern-Imperien statt. Am Ende der ersten Welle 1926 waren in über 30 Ländern zumindest ansatzweise demokratische Institutionen entstanden (Huntington 1991: 16f.). Die erste Gegenwelle begann bereits 1922 mit dem „Marsch auf Rom“, als mit Mussolini in Italien der Faschismus erstarkte. Kleinere, osteuropäische Staaten sowie Deutschland unter Hitler nach 1933 folgten. Auch Portugal und einige Staaten in Südamerika kehrten Mitte der 1930er Jahre zur autoritären Herrschaft zurück und standen für den Erfolg von kommunistischen, militaristischen und faschistischen Ideologien (Huntington 1991: 18).

Eine **zweite, kurze Demokratisierungswelle** (1943-1962) begann noch im Zweiten Weltkrieg, als die Siegermächte die Einführung demokratischer Institutionen u.a. in West-Deutschland, Japan, Italien und Österreich nach deren Befreiung vom Faschismus förderten. Mit Beginn des Endes des westlichen Kolonialismus entstanden einige neue Staaten, in denen teilweise demokratische Institutionen etabliert werden konnten, wie in Indien, Sri Lanka, Israel, Nigeria und den Philippinen (Huntington 1991: 18f.). Die zweite rückläufige Welle (1958-1975) war vor allem in Lateinamerika in den 1960er und 70er Jahren zu beobachten, wo militärische Staatsstreiche (*coups d'état*) zivile Regierungen stürzten, beispielsweise in Peru, Brasilien und Bolivien. Auch in Korea (1961), Indonesien (1965), Nigeria (1966), Griechenland (1967) und der Türkei (1960, 1971 und 1980) fanden militärische Coups statt und lösten demokratische Institutionen ab. Dabei ist besonders die Dekolonialisierung Afrikas, wo innerhalb kürzester Zeit in einer Vielzahl von neuen Staaten unabhängige, autoritäre Regierungen entstanden, hervorzuheben (vgl. Kasten „Kolonialisierung“ im Kap. 5.2.).

Mit der **dritten Demokratisierungswelle**, eingeläutet 1974 durch das Ende der portugiesischen Diktatur, ersetzten demokratische Systeme autoritäre Regime in rund 30 Staaten in Europa, Asien und Lateinamerika. Beginnend in Südeuropa (Griechenland, Spanien, Portugal), sich in den 1970er Jahren in Südamerika, Asien und mit Ende des Ost-West-Konflikts auch in Osteuropa ausbreitend, fand ein regelrechter Siegeszug der

Demokratie satt (Huntington 1991: 21ff.). In Europa wurde dieser Prozess mit den Beitritten zur Europäischen Union (1981, 1986, 2004, 2007; vgl. Kap. Erweiterung der EU) gekrönt. Gleichwohl blieben auch diesmal Rückschläge nicht aus: In Russland, Ungarn, Rumänien, Thailand und Venezuela wurden demokratische Errungenschaften im Lauf der Zeit in unterschiedlichem Maße wieder zurück geschraubt.

Blieben in dieser dritten Welle die demokratischen Bewegungen und Veränderungen in Afrika und dem Nahen Osten noch begrenzt (bspw. gewisse Liberalisierungen in Jordanien, Tunesien, Algerien, Ägypten und kurzzeitig in Nigeria), keimen nun überall in den arabischen Ländern nach den Ereignissen des „**Arabischen Frühlings**" (siehe Einstieg) Hoffnungen auf eine demokratische Zukunft auf. Doch mit dem Übergang zu einem Bürgerkrieg in Libyen und Syrien, der Niederschlagung der Aufstandsbewegung in Bahrain und dem Militärputsch in Ägypten (2013) blieben diese Hoffnungen vorerst unerfüllt.

4. Analyse: Der Doppelbefund des Demokratischen Friedens

Die Regierungsform eines Staates ist in vielerlei Hinsicht interessant für das Studium von Außenpolitik. Besonders der Einfluss eines demokratischen Systems auf die Verwirklichung von Menschenrechten im Innern, auf die Kriegsneigung sowie die politische Stabilität eines Staates bilden einen zentralen Analysefokus vieler IB-Studien. Bereits Immanuel Kant hat in seiner Schrift *Zum Ewigen Frieden* (1795) festgehalten, dass demokratische Herrschaftsstrukturen eine Voraussetzung für stabile Friedensordnungen in den internationalen Beziehungen sind. Doch welche Auswirkungen kann nun die sich ausbreitende Herrschaftsform Demokratie für den Frieden wirklich haben?

Besonders auffällig allein bei einem oberflächlichen Blick auf die von Demokratien dominierten Regionen ist, dass diese auch zu den *zones of peace* der Welt zählen. Gerade in Nordamerika, Australien und Europa sind Kriege zwischen den dort liegenden Ländern mittlerweile undenkbar. Die Theorie des Demokratischen Friedens (DF) versucht eben dieses Phänomen der Außenpolitik von Staaten zu erklären, das sich auf einen in zahlreichen Studien herausgearbeiteten, recht stabilen Befund stützt: Demokratien führen praktisch keine Kriege gegeneinander. Allerdings handelt es sich hierbei um einen **Doppelbefund**: So führen Demokratien zwar keine Kriege gegeneinander, sie sind jedoch ebenso häufig in Kriege verwickelt wie andere Herrschaftstypen.

Hierfür gibt es in der Forschung zwei verschiedene Erklärungsversuche, die in eine monadische[67] und eine dyadische[68] Analyseebene unterschieden werden. **Monadische Erklärungsversuche** konzentrieren sich auf die generelle Friedfertigkeit von Demokratien und postulieren, dass diese keine Kriege führen, es sei denn sie werden (von Nicht-Demokratien) angegriffen. So wird allein die Herrschaftsform des Einzelstaates betrachtet und von diesen Merkmalen auf sein Außenverhalten geschlossen, unabhängig von den jeweiligen Interaktionspartnern (Geis 2001: 286). Die **dyadische Variante** hingegen nimmt die Interaktionsebene mit in die Analyse auf und versucht zu erklären, warum sich Demokratien unterschiedlich verhalten, je nachdem, mit wem sie es zu tun haben. So verhalten sie sich gegenüber anderen Demokratien generell friedlich, gegenüber Autokratien

67 Monade oder *Monas*, griechisch für „eine Einheit", „Einfachheit" – hier: ein Staat.

68 Eine „Dyade" (griechisch *dyás* = zwei) bezieht sich auf die Beziehung zwischen zwei Einheiten – hier: zwischen zwei Staaten.

allerdings auch unfriedlich: Sie sind sogar gegenüber Nicht-Demokratien genauso häufig in kriegerische Konflikte verwickelt wie diese untereinander und scheinen darüber hinaus häufiger solche gewalttätigen Konflikte auszulösen, als deren Opfer zu sein (Risse-Kappen 1994: 161). So gilt es zu erforschen, warum das Sicherheitsdilemma (vgl. 4. im Kap. 1.3.) zwischen Demokratien außer Kraft gesetzt ist.

Gegen den Demokratischen Frieden gibt es allerdings einige analytische **Einwände**, die den empirischen Befund anzugreifen versuchen. Häufig werden als der Theorie widersprechende Fälle beispielsweise der Georgien-Krieg 2008 oder der Libanon-Krieg 2006, genannt. Verteidiger des Befunds würden einwenden, dass es sich weder bei Georgien noch bei Russland um eine liberale Demokratie gehandelt hat. Im Libanon-Krieg – so ein diskutabler Einwand – sind beide involvierten Staaten sicherlich Demokratien, doch der Angriff Israels galt der Hisbollah, nicht dem *failing state* Libanon (vgl. Analyse in Kap. 3.4.).

Was aber ist genau eine Demokratie? Hängt die Gültigkeit des Befundes von der Demokratiedefinition ab? In der Forschung gibt es dazu zahlreiche Kontroversen (Geis 2001). So betont beispielsweise Layne (1994), dass die Forschung um den Demokratischen Frieden von einer selektiven Verwendung von Definitionen bestimmter Variablen und Kategorien, die die Ergebnisse der Datenanalyse beeinflussen und verfälschen können, geprägt ist. In vielen Studien wird der Demokratie-Begriff in der Tat wenig thematisiert, die Demokratiediskussion außer Acht gelassen und auf Demokratieskalen zurückgegriffen, wie die von Freedom House oder die Polity IV Indikatoren (Geis 2001: 284). Bei letzteren stehen u.a. der Grad, in dem politischer Wettbewerb, freie Wahlen, politische Partizipation, die Garantie bürgerlicher Freiheitsrechte, die Offenheit des Prozesses der Rekrutierung von Amtsinhabern sowie die institutionelle Begrenzung und Kontrolle der Macht der Exekutive verwirklicht sind, im Vordergrund. Diese Merkmale basieren auf der Demokratie-Definition von Dahl (1971), die die geläufigste in der Politikwissenschaft ist und Demokratie als ein politisches Regime beschreibt, in dem Wettbewerb (der Umfang, in dem sich die Bürger im politischen Wettbewerb organisieren können) und die Teilhabe, also die politische Partizipation im demokratischen Prozess, besonders hoch sind. Dabei ist die Abgrenzung von einer Autokratie als Staatsform wichtig, in der die politische Beteiligung stark begrenzt und unterdrückt ist, eine politische Elite maßgeblich Einfluss auf die Exekutive nimmt und diese wenig bis gar nicht kontrolliert und eingeschränkt ist. Diese Datensätze und Indikatoren lassen allerlei Spielräume offen, ab wann ein Staat noch als „demokratisch" gilt und wann nicht mehr, was wiederum zu Kontroversen über die empirischen Einwände gegen den Demokratischen Frieden – zahlreiche historische Konfliktfälle – führt (Geis 2001: 284; Layne 1994).

Auch die Definition von **Krieg** ist umstritten (vgl. dazu 1.1.). In der Regel bleiben die Studien auf zwischenstaatliche Kriege beschränkt, unbeachtet bleiben beispielsweise Kolonialkriege oder Konflikte, in denen einer der Beteiligten kein anerkannter Staat ist oder die Anzahl der Toten in den Streitkräften pro Jahr unter 1.000 bleibt (Russett 1993: 16-23). Veranschaulicht wird diese Problematik beispielsweise durch **covert actions.** *Covert actions* sind Aktivitäten einer Regierung, die politische, wirtschaftliche oder militärische Umstände im Ausland zu beeinflussen suchen, ohne dass dabei diese Aktivitäten der jeweiligen Regierung offensichtlich sind oder öffentlich zugegeben werden (vgl. 3. im Kap. 1.3.). So belegen zum Beispiel die verdeckten US-amerikanischen Aktivitäten während

des Kalten Krieges gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Chiles, Salvador Allende, die in einem Militärputsch mündeten, dass Demokratien nicht immer auf freundlichem und friedlichem Wege Einfluss auf andere demokratische Staaten nehmen. Allerdings – so können Verteidiger des Doppelbefunds einwenden – bewegen sich *covert actions* unterhalb der Kriegsschwelle und stellen den Kern des Befunds deshalb nicht in Frage.

Trotz dieser Einwände und Kontroversen hat sich die Theorie des Demokratischen Friedens in vielerlei Hinsicht bewährt. Im folgenden Abschnitt soll der Doppelbefund aus der Sicht dreier Theoriestränge näher untersucht werden.

5. Erklärungen für den Befund des Demokratischen Friedens

Wie lässt sich also der analytische Befund des Demokratischen Friedens mithilfe der traditionellen Theorien der IB erklären? Zieht man eine **realistische Erklärung** heran, könnte man die Tatsache, dass sich Demokratien häufiger als autoritäre Systeme in Allianzen zusammenschließen, als friedensfördernd einstufen (vgl. Theorieschulen in 1.1. und Kap. 1.3.). Jedoch erklärt dies nicht, warum das Sicherheitsdilemma zwischen Demokratien außer Kraft gesetzt ist, während es zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien weiterhin fortbesteht. Darüber hinaus haben Studien gezeigt, dass eine Mitgliedschaft in Verteidigungsbündnissen nicht automatisch zu einer erhöhten Friedfertigkeit führt, im Gegenteil: Allianzmitglieder sind auffallend häufig in militärische Konflikte untereinander verwickelt (Risse-Kappen 1994: 165). Auch das realistische Argument, nach dem es nicht Demokratie ist, sondern die Hegemonie der USA, die Krieg zwischen westlichen Demokratien verhindert hat, kann einer näheren Prüfung nicht standhalten. Denn Hegemonie alleine garantiert keinen Frieden, führen doch gerade nicht-demokratische Hegemonialmächte häufig Präventivkriege, um ihre Macht zu erhalten (Risse-Kappen 1994: 164). Allianzen sind instabil und auch ein Imperium oder ein Hegemon kann also keine Kriege verhindern. Ein weiteres, oft hervorgebrachtes Argument der Stabilität durch *balance of power* greift zudem nur in bipolaren Systemen. So bleibt der DF für den Realismus ein regelrechter Horrorbefund, misst doch die neorealistische Theorie der Staatsform der Akteure im internationalen System keinerlei Bedeutung bei (vgl. Kap. 1.3.).

Die These, dass Demokratien generell friedlich sind (monadische Variante, s.o.) – lässt sich mit **liberalen Argumenten** gut erklären. Zum einen wird hier oft das **Kosten-Nutzen-Kalkül** herangezogen. Dieses bezieht sich auf die Vermutung, dass Demokratien keine Kriege führen, da diese teuer sind, Leben und Wohlstand kosten. Da die Entscheidungsträger einer Demokratie von den Bürgern, die meist die Leid- und Kostentragenden eine Krieges sind, aber eigentlich an Wohlstandsvermehrung interessiert sind, wiedergewählt werden wollen, werden sie eine Entscheidung zum Krieg nur sehr selten treffen. Eine weitere Argumentationslinie aus der Liberalen Theorietradition bezieht die *checks and balances* von demokratischen Systemen als (Kriegs-)Entscheidungen verlangsamende, **institutionelle Komponente** mit ein. Die Schwerfälligkeit und Komplexität demokratischer Institutionen stellt erhebliche Hürden für den Einsatz militärischer Gewalt dar, denn in Demokratien müssen nicht nur die maßgeblichen Eliten, sondern vor allem die öffentliche Meinung für einen Krieg mobilisiert werden, wohingegen in autoritären Systemen meist nur eine kleine Clique für eine Kriegsentscheidung erforderlich ist (Risse-

Kappen 1994: 167). Darüber hinaus wird beispielsweise in einer Studie von Russett et al. (1998) die zunehmende Mitgliedschaft und Interessenverflechtung von Staaten in internationalen Organisationen und Regimen für die Abnahme von militarisierten Disputen zwischen ihnen verantwortlich gemacht. Doch letztlich kann diese Studie nicht zeigen, ob dafür nun allein das Merkmal „Mitgliedschaft" oder doch die ökonomischen Verflechtungen, die Demokratie als Staatform oder simple Sicherheitsinteressen verantwortlich sind. Es bleibt unklar, ob Demokratien an dieser Vergemeinschaftung teilnehmen und damit friedensfördernde Interessenkonvergenzen aufweisen, eben weil sie Demokratien sind (Geis 2001: 292).

So können weder realistische, noch liberale Argumente den Doppelbefund, d.h. die Differenz zwischen der variierenden Gewaltbereitschaft von Demokratien gegenüber ihresgleichen einerseits und Nicht-Demokratien andererseits erklären. Es haben sich offensichtlich zwischen Demokratien gewisse Deeskalationsschranken etabliert, die verhindern, dass Auseinandersetzungen zwischen diesen in Kriege münden. Eine Theorie zur Erklärung dieses Phänomens muss also zeigen können, warum das Sicherheitsdilemma, die Ungewissheit über die (möglicherweise feindseligen) Ziele anderer Staaten, zwischen Demokratien außer Kraft gesetzt ist und diese ihresgleichen als (ebenfalls) defensiv motiviert wahrnehmen. Risse-Kappen formuliert dies wie folgt:

> „Eine rein interessenbezogene und rationalistische Interpretation des demokratischen Friedens greift deshalb zu kurz. Kosten und Nutzen gewalthaltiger Politik sind keine objektiven Größen, sondern abhängig von Perzeptionen, Normen und Identitäten." (Risse-Kappen1994: 170)

In diesem Rahmen wird die generelle Friedensliebe als fest verankerter Wert von Demokratien angenommen. Das **normativ-kulturelle Argument** postuliert, dass bei der Bevölkerung und den Eliten von Demokratien sich eine pazifistische politische Kultur entwickelt und in der Verfassung als Werte und Normen verankert hat: So sind der Schutz von Menschenrechten, friedliche Konfliktregelung und Machtwechsel – ganz im Gegensatz zu autoritären Regimen – zum Teil der Identität demokratischer Systeme geworden. An dieser Stelle findet ein Analogieschluss von der Innen- auf die Außenpolitik statt. Denn wenn sich Demokratien in der Innenpolitik an Gewaltarmut und friedlicher Konfliktregelung orientieren, könnte man dies auch für deren Außenverhalten vermuten. Diese These betont den Prozesscharakter von Interaktion und schließt die Möglichkeit des „Lernens" ein (Risse-Kappen 1994: 171; vgl. auch Analyse im Kap. 4.4.).

Doch warum Demokratien ihre internen, gewaltarmen Konfliktregelungsmodi und Entscheidungsregeln nur gegenüber ihresgleichen, nicht aber gegenüber autoritären Staaten externalisieren, bleibt zunächst unklar (dyadischer Befund). Aus diesem Grund soll nun eine **sozialkonstruktivistische Erklärung** herangezogen werden. Die Explikation basiert auf der Wahrnehmung einer defensiven Motivation des Gegenübers, denn Demokratien scheinen in der Interaktion mit anderen demokratischen Regimen „zu wissen", dass von diesen keine Bedrohung ausgeht, im Gegensatz zu autoritären Staaten. Folgt man dem **innen-außen-Analogieschluss**, würden auch Autokratien ihre internen gewalthaltigen Konfliktregelungsmodi nach außen wenden. Diktaturen wird also eine hohe Gewaltbereitschaft nicht nur nach innen, sondern auch nach außen, unterstellt. Aus diesem Grund würden Demokratien sich von diesen und der von ihnen potentiell ausgehenden Aggressivität bedroht fühlen. Nach dieser Hypothese müssten aber auch die Beziehungen zwischen autoritären Systemen untereinander am gewaltträchtigsten sein. Doch dies lässt

sich in der Realität nicht nachweisen, Beziehungen zwischen Diktaturen sind nicht überdurchschnittlich gewalthaltiger und aggressiver als Beziehungen zwischen demokratischen und autokratischen Staaten (Risse-Kappen 1994: 174):

> „Die These, dass autoritäre Regime per se potentielle Aggressoren sind, auf die sich liberale Staaten dementsprechend einstellen, ist dann leichter mit den empirischen Daten in Einklang zu bringen, wenn es sich dabei nicht um einen objektiven Befund, sondern um die handlungssteuernde Perzeption demokratischer Systeme handelt." (ebd.)

Eine solche „Aggressions-Vermutung" ist deshalb als eine Art **self-fulfilling prophecy**, eine sich selbst erfüllende Prophezeiung zu sehen, da laut der psychologischen **Attributionstheorie** Individuen dazu neigen, das Verhalten ihres Gegenübers „aufgrund von dispositiven statt von situationsbezogenen Faktoren zu interpretieren" (Risse-Kappen 1994: 175). So hegen Demokratien gegenüber ihresgleichen eine „Unschuldsvermutung", während sie autoritären Systemen gegenüber misstrauisch agieren, sich zu Allianzen zusammenschließen und sich in Rüstungswettläufen engagieren. Der Wille zum Kompromiss und friedliche Konfliktlösungsstrategien, die sie auch im Innern anstrengen, wird anderen Demokratien zugeschrieben („attribuiert"), während Autokratien als unfriedlich wahrgenommen werden. Hinzu kommt, dass Demokratien untereinander ein „Wir-Gefühl" etablieren können, eine gemeinsame Identität in deren Rahmen das demokratische „Wir" sich von dem nicht-demokratischen „Anderen" abgrenzt, was die Kooperationsbereitschaft sowie die Entstehung gemeinsamer (vertrauensbildender) Institutionen zwischen den Demokratien fördert (Risse-Kappen 1994: 175f.). So kann es zu einem „Kantischen Friedensbund" oder gar einer „pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft" kommen, letztere ist vor allem durch den Gemeinschaftssinn und den Glauben, dass Konflikte friedlich beigelegt werden müssen, gekennzeichnet (vgl. Kap. 4.4.). So ist das Sicherheitsdilemma gegenüber Autokratien weiter intakt, was in Furcht vor einem möglichen Vertragsbruch und der Orientierung an relativen Gewinnen resultiert, wobei die Wahrnehmung des Gegenübers essentiell ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Gegnerschaft der Demokratien zu autoritären Systemen wie auch die Kooperationsbereischaft zu Demokratien sozial konstruiert wird. Unterstützt wird diese Wahrnehmung unter anderem durch die Geschlossenheit nicht-demokratischer Regime und derer zum Teil stark undurchsichtigen Entscheidungsprozesse und Motivationen auf der einen, und dem demokratischen „Wir-Gefühl" auf der anderen Seite (Risse-Kappen 1994: 176ff.).

6. Bewertung

Grundsätzlich ist das Hauptargument des Demokratischen Friedens – innenpolitische Verfasstheit bestimmt außenpolitisches Verhalten – der liberalen Theorieschule zuzurechnen. Dies wurde im konkreten Fall mit einem sozialkonstruktivistischen Argument ergänzt.

Der demokratische Frieden gilt als ein sehr robuster Befund, gewissermaßen sogar als „Gesetz der Internationalen Beziehungen" (Levy 1988: 662). Besonders prominent ist in der Forschung des Demokratischen Friedens die Frage, wann und unter welchen Bedingungen Demokratien besonders häufig Kriege führen. Denn besonders die Konstruktion und Reproduktion kollektiver Identitäten und Feindbilder sowie die gewaltsame „Zivilisierung" anderer im Namen der Demokratie stellen Bedrohungen für das friedliche Image

von Demokratien dar (z.B. Geis/Wagner 2011). Bereits 2001 skizzierte Harald Müller in seinem Aufsatz *Sind Demokratien wirklich friedlich?* ein besonderes, demokratiespezifisches Kriegspotential, das zum einen auf dem Misstrauen gegenüber nicht-demokratischen Staaten und zum anderen auf der eigenen Betonung und Hochhaltung von Menschenrechten basiert. Diese führe dazu, dass gerade wenn es um die Verteidigung selbiger Werte und Normen geht, Demokratien besonders schnell für einen Krieg zu motivieren und mobilisieren sind, da die moralische Aversion der eigenen Öffentlichkeit gegenüber denjenigen, die ihr eigenes Volk unterdrücken und Menschenrechte missachten, ausgesprochen groß ist. So können die Eigenschaften, die Demokratien friedlich machen, auch das Gegenteil auslösen und – gegenüber nicht-demokratischen Interaktionspartnern – besonders kriegsfördernd wirken.

7. Prognose

Eine Prognose für das Phänomen Frieden und Demokratie gestaltet sich in vielerlei Hinsicht schwer. So gibt es zwar einen Schub von Demokratisierungen derzeit besonders in der Arabischen Welt, doch wird die Qualität dieser entstehenden demokratischen Institutionen noch zu überprüfen sein und die Gefahr einer erneuten rückläufigen Welle besteht besonders in noch jungen demokratischen Systemen (Ägypten, Thailand). Eine gewisse Stagnation der Demokratie ist bereits zu verzeichnen, man beachte hierbei die nachlassende Qualität demokratischer Institutionen in etablierten Demokratien wie Italien oder den USA. Regelrechte Rückschläge für die Demokratie lassen sich in Russland, Rumänien oder Ungarn verzeichnen. Auch ein Gelingen der Transitionen in der Arabischen Welt liegt noch in weiter Ferne. Problematisch ist zudem die Tatsache, dass Staaten in ihrer Transition tendenziell eine aggressivere Außenpolitik verfolgen als stabile Autokratien oder Demokratien (Mansfield/Snyder 2005). Dies kann dazu führen, dass trotz einer weiteren Ausbreitung der Demokratie militärische Konflikte in der Welt zumindest vorübergehend zunehmen, bis sich die Demokratie in den betreffenden Staaten dauerhaft gefestigt und durchgesetzt hat.

8. Handlungsempfehlung

Es drängt sich die Frage auf, wie sich Demokratien gegenüber Autokratien verhalten sollten. Die mit dem Ende des Kalten Krieges aufgekommene Idee, dass eine durch den Westen geförderte Demokratisierung auch zu mehr Frieden in der Welt führen würde, ist mittlerweile kritisch zu sehen. Denn was in der Theorie klar und simpel wirkt, ist in der politischen Praxis kein Selbstläufer, sondern ein komplexer und durchaus gewalthaltiger Prozess.

Besonders für die Politikberatung ist das Zwillingspaar „Demokratie und Frieden" kritisch zu betrachten (Müller 2011), entsteht hier doch die Gefahr eines zu energischen Auftretens im Rahmen der internationale Demokratisierung anderer Staaten, wenn nötig mit militärischen Mitteln. Die ideologisch aufgeladene These der friedliebenden und Frieden fördernden Demokratie spielte im 20. Jahrhundert besonders in der Außenpolitik der USA eine legitimationsstiftende Rolle (Geis 2001: 282; vgl. Kap. USA, 9/11). Folglich ist von einer Strategie externer, eventuell sogar gewaltsamer Demokratisierung von außen abzuraten. Dies zum einen, weil die so entstehenden instabilen Transitionsgesell-

schaften tendenziell eine größere Gewaltneigung in ihrer Außenpolitik zeigen als etablierte Demokratien. Zum anderen müssen demokratische Institutionen im Zuge einer Demokratisierung so konzipiert werden, dass sie mit den gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten harmonieren können (Müller 2001: 8). Dies kann aber nur eine Demokratisierung „von innen heraus" gewährleisten. Eine ideelle Unterstützung solcher Demokratiebestrebungen, auch durch das Setzen von ökonomischen Anreizen und Perspektiven, scheint daher eine sinnvolle Handlungsempfehlung zu sein. Für die Entwicklungszusammenarbeit mit nichtdemokratischen Staaten gibt dies ebenfalls zu denken – wäre eine Förderung demokratischer Institutionen und Prozesse möglicherweise zielführender als Handels- oder Technikförderungen (vgl. Kap. Entwicklungszusammenarbeit)?

Glossar	
Transitionen	Demokratisierungswellen
Monadische und dyadische Variante	Attributionstheorie
Self-fulfilling-prophecy	Doppelbefund
Innen-außen-Analogieschluss	Institutionelle Komponente
Normativ-kulturelles Argument	

Übungsfragen

1. Ist der „Arabische Frühling" ein erster Indikator für eine „vierte Welle" der Demokratisierung? Finden Sie Pro- und Contra-Argumente!
2. Wird durch den Arabischen Frühling die Welt friedlicher? Finden Sie Gegenargumente!
3. Versuchen Sie ein Beispiel in der Geschichte zu finden, das die These, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen, widerlegen könnte!
4. Transferfrage: Versuchen Sie, den dyadischen Befund des Demokratischen Friedens mit Hilfe des Liberalen Institutionalismus zu erklären (vgl. Kap. 2.1.)!

Filmtipp: Wag the Dog (1997), Barry Levinson [Spielfilm]

Kurz nach der Wahl zum Präsidenten wird diesem eine Affäre mit einer Minderjährigen vorgeworfen. Um davon abzulenken, wird mithilfe eines Hollywood-Filmproduzenten (Dustin Hoffman) ein Konflikt mit Albanien inszeniert. Einfallsreiche Überlegung, wie es zu einem Krieg kommen kann.

Empfohlener analytisch-deskriptiver Text

Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century. Norman and London: Univ. of Oklahoma Press, S. 3–30.

Empfohlener Theorietext

Risse-Kappen, Thomas (1994): Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle. In: Krell, Gerd/Müller, Harald (Hrsg.): Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen. Frankfurt a.M./New York: Campus, S.159–189.

Übrige verwendete Literatur

Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy: Participation and Opposition. New Haven: Yale Univ. Press.

Geis, Anna (2001): Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den ‚demokratischen Frieden'. In: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 42 (2), S. 282–298.

Geis, Anna/Wagner, Wolfgang (2011): How far is it from Königsberg to Kandahar? Democratic Peace and Democratic Violence in International Relations. In: Review of International Studies, 37, 4, S. 1555–1577.

Kant, Immanuel (1977): Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In: Weischedel, W. (Hrsg.): Immanuel Kant Werkausgabe, Bd. 11: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 195–251.

Layne, Christopher (1994): Kant or Cant. The Myth of the Democratic Peace. In: International Security 19, 2, S. 5–49.

Levy, Jack (1988): Domestic Politics and War. In: Journal of Interdisciplinary History 18, S. 653–673.

Mansfield, Edward D./Snyder, Jack (2005): Electing to Fight: Why Emerging Democracies Go to War. Cambridge, Mass. [u.a.]: MIT Press.

Müller, Harald (2001): Sind Demokratien wirklich friedlich? Zum neuen Forschungsprogramm der HSFK „Antinomien des Demokratischen Friedens". Frankfurt a.M.: HSFK Standpunkte.

Polity IV: Online unter: http://www.systemicpeace.org/polity/polity4.htm [letzter Zugriff am 10.8.2013].

Russett, Bruce (1993): Grasping the Democratic Peace: Principles for a Post-Cold War World. Princeton/N.Y: PUP.

Russett, Bruce/Oneal, John R./Davis, David R. (1998): The Third Leg of the Kantian Tripod for Peace: International Organizations and Militarized Disputes, 1950–85. In: International Organization 52, 3, S. 441–467.

Schmidt-Häuer, Christian (2011): Held der tunesischen Revolution: Das Schicksal des 26-jährigen Mohammed Bouazizi, dessen Suizid den Umsturz im Land ausgelöst hat. In: Neue Züricher Zeitung v. 23. 01.2011, online unter: http://www.nzz.ch/aktuell/international/held-der-tunesischen-revolution-1.9185109 [letzter Zugriff am 10.8.2013].